



Niederschrift

über die Sitzung

des Beirates für Migration und Integration der Stadt Mainz

am 07.12.2023

Anwesend

- Vorsitz

Nemazi-Lofink, Peimaneh

- Mitglieder

Cavlak, Semih Zisan
Celebi, Hasan
Cengiz, Altan
Ertürk, Ümit
Ganovic, Irma
Conrad, Franziska, Dr.
Armas, Jonathan
Boos-Waidosch, Marita
Driessen, Jan Hendrik

- Schriftführung

Wittmer, Carlos

- Verwaltung

Haase, Nino

Entschuldigt fehlen

- Mitglieder

Abdulkader, Wina
Akdeniz, Merve
Ay, Sidikan Zilan
Aydinli, Zehra
Gökpınar, Ayhan
Jabaghchourian, Khajag
Lofink, Yasmin
Sari, Emre Sitki
Seker, Ebru
Sevim, Canan
Tasci, Ömer
Vasquez-Caicedo Le Roux, Gloria
Yeter, Elif
Yildiz, Esra
Laabdallaoui, Chakir

- beratende Mitglieder

Kilian, Diana

Tagesordnung

a) öffentlich

1. Kenntnisnahme über die Niederschrift vom 09.11.2023
2. Vorstellung der Integrationsbeauftragten der Agentur für Arbeit Frau Christina Derzbach & der Berufsberatung Frau Dominique Tullius-Gintschel
3. Vorstellung der Leiterin der Abteilung Ausländerangelegenheiten Frau Kathrin Coring & Bericht aktuelle Situation in der Ausländerbehörde
4. Fahrplan/Grundsätze der Zusammenarbeit zwischen Beirat/Vorsitzende:r und Geschäftsführung
5. Sachstandsbericht Integrationskonzept (Carlos Wittmer)
6. Anträge
7. Berichte aus den Ausschüssen/Gremien
8. Einwohner:innensprechstunde
9. Verschiedenes

Die Vorsitzende begrüßt den anwesenden Oberbürgermeister, der sich dem Beirat vorstellt und der Sitzung beiwohnt. Im Einvernehmen mit allen Anwesenden wird Tagesordnungspunkt 4 nach vorne gezogen. Außerdem verkündet die Vorsitzende den Austritt eines gewählten Mitglieds; eine Nachbesetzung erfolgt hier nicht.

öffentlich

Punkt 1 Kenntnisnahme über die Niederschrift vom 09.11.2023

Diese wurde allen zugestellt; es gibt keine Anmerkungen.

Punkt 2 Vorstellung der Integrationsbeauftragten der Agentur für Arbeit & Teamleiterin der Berufsberatung (Christina Derzbach, Dominique Tullius-Gintschel)

Die Mitarbeiterinnen der Agentur für Arbeit stellen sich und ihre Arbeit vor. Die Agentur legt viel Wert darauf, insbesondere junge Menschen vor Ort und auch in den Schulen zu beraten. Ein Erfolg liegt auch in der aufsuchenden Arbeit, so wurden zum Beispiel auch schon migrantische Kulturvereine beraten.

Auch ein Erfolg ist der sogenannte „Makerspace“ in der Berufsbildenden Schule 1. Auf der Aktionsfläche des Makerspace können Jugendliche und Interessierte jeden Alters ihre praktischen Fähigkeiten testen und sich multimedial über verschiedenste Handwerksberufe, Ausbildungen und Praktika informieren.

Ansonsten werden die Angebote der Berufsberatung vor dem Erwerbsleben anhand einer Präsentation vorgestellt (s. Anlage). Danach geht der Beirat in einen Austausch.

Es wird u.a. diskutiert, inwieweit auch die Jugendzentren in die aufsuchende Arbeit eingebunden sind.

Außerdem wird gefragt, warum die Mindestdauer der Einstiegsqualifizierung EQ (ein sozialversicherungspflichtiges Praktikum) von sechs auf vier Monate verkürzt wurde; die Antwort wird nachgereicht. Ansonsten wird erläutert, dass Angebote, wie EQ auch für hessische Bürger:innen gelten.

Es geht auch um Elternarbeit; hier verweist die Agentur auf einen digitalen mehrsprachigen Elternabend, der im November stattgefunden habe. Dieser würde noch optimiert werden.

Der Beirat diskutiert, wieso bei jungen Menschen eine Orientierungslosigkeit entsteht und ob Arbeitgeber:innen vielleicht zu hohe Ansprüche stellen. In dem Zuge wird gefragt, ob die Agentur der zunehmenden Akademisierung entgegenwirkt. Es wird darauf hingewiesen, dass die Berufsberatung neutral gehalten wird, aber natürlich Arbeitssuchende auf ihre Potentiale hingewiesen werden.

Es wird gefragt, ob die Angebotsinformationen online bzw. auch gedruckt auch mehrsprachig existieren. Die Agentur nimmt die Anregung mit.

Der Beirat möchte wissen, wie viele Mitarbeitende einen Migrationshintergrund haben; die Agentur wird im Haus nachfragen und Antwort geben. Außerdem wird noch gefragt, ob es Weiterbildungen zu Interkulturelle Öffnung gibt. Auch diese Anregung wird mitgenommen.

Zum Schluss wird noch erwähnt, dass die Stadtverwaltung der Agentur einen Stand beim Interkulturellen Fest 2024 anbietet.

Punkt 3 **Vorstellung der Leiterin der Abteilung Ausländerangelegenheiten & Bericht aktuelle Situation in der Ausländerbehörde (Kathrin Coring)**

Die Abteilungsleiterin der Ausländerbehörde stellt sich und ihre Arbeit vor und geht in den Austausch mit dem Beirat. Sie weiß über das hohe Mailaufkommen in der Behörde. Herausforderungen sind u.a. die offenen Stellen. Das Pensum muss durch die anderen Mitarbeitenden kompensiert werden. Sie berichtet über die Verwaltungslehrgänge oder andere Weiterbildungsangebote, die natürlich den Mitarbeitenden zustehen, allerdings wiederum zu Lasten der Arbeitszeit gehen. Das tarifliche Entgelt ist in Mainz landesweit gesehen mit am höchsten, aber bietet nicht immer genügend Anreiz. Hinzu kommt das immer komplexer werdende Asylrecht, das eine Einarbeitung von neuen Mitarbeitenden in die Länge ziehen kann.

Dem möchte die Verwaltung u.a. entgegenwirken, indem neue Stellen breiter ausgeschrieben werden sollen. D.h., wer z.B. Soziale Arbeit studiert hat oder in einer Migrationsberatungsstelle gearbeitet hat, hat gute Chancen in der Abteilung einen Arbeitsplatz zu finden.

Aus dem Beirat kommt die Frage, wie man helfen kann, wenn jemand eine nicht mehr gültige Fiktionsbescheinigung hat und die Zusage für einen Arbeitsplatz hat. Die Leitung sichert zu, dass man bei eiligen oder dringlichen Fällen sie direkt anschreiben kann.

Es wird gefragt, wie weit die Gesetzesänderungen zur Doppelten Staatsbürgerschaft schon seien. Das Gesetz ist noch nicht in Kraft getreten, aber Interessierte können schon ihre Anträge stellen.

Es wird darauf hingewiesen, dass zwar die Digitalisierung bei der Antragsstellung und anderen Verfahren sehr begrüßt werden, aber gerade für Zugewanderte der ersten Generation ein Hindernis darstellen. Die Antwort lautet, dass weiterhin der Papierweg nicht ausgeschlossen wird. Es wird gefragt, ob bei Abläufen bestimmte Nationalitäten bevorzugt würden; das wird definitiv verneint.

Grundsätzlich gibt es jedoch viele positive Rückmeldungen bzgl. des Engagements der jetzigen Abteilungsleitung und ihres Vorgängers; es bleibt definitiv zu konstatieren, dass hier eine gute Arbeit geleistet wird.

Punkt 4 **Fahrplan/Grundsätze der Zusammenarbeit zwischen Beirat/Vorsitzende:r und Geschäftsführung**

Der Beirat hat ein Papier erstellt mit Wünschen, bzw. Forderungen hinsichtlich der Zusammenarbeit mit der Verwaltung/Geschäftsstelle des Beirats (s. Anlage). Die Festlegung eines Fahrplanes bzw. Grundsätze war auch ein Wunsch des Oberbürgermeisters für eine konkretisierte Zusammenarbeit im letzten Beiratsjahr dieser Legislaturperiode gewesen. Die Grundsätze sollen vorerst nur für diesen Beirat und seine Arbeit im letzten Jahr gelten und können je nach Bedarf bei der neuen Beiratszusammensetzung anders gehandhabt werden z.B. in Form einer Geschäftsordnung. Der Oberbürgermeister geht mit der Vorsitzenden den Forderungskatalog durch und sichert zu, dass die Verwaltung diesen prüfen wird hinsichtlich der Umsetzbarkeit und der noch einzufügenden Fristen. Änderungen sind noch möglich, allerdings sollte der Katalog zu gegebener Zeit abgeschlossen sein.

Die Geschäftsstelle gibt zu bedenken, dass zum Punkt „Interkulturelle Woche“ auf jeden Fall schon jetzt das Motto überlegt werden soll. Dieses muss spätestens zur Sitzung am 7. März 2024 abgestimmt sein, um den Zeitplan einzuhalten.

Es wird gefragt, inwieweit die Migrant*innenorganisationen wieder in das Bühnenprogramm beim Interkulturellen Fest eingebunden werden. Die Verwaltung berichtet, dass der Folkloreabend, der 2022 und 2023 die Interkulturelle Woche eröffnet hat, ein Versuch war. Nach dem geäußerten Unmut einiger Künstler:innen beim Folkloreabend 2023 wird man künftig auf diesen

verzichten und überlegt derzeit, wie die Migrantenorganisationen wieder in das Bühnenprogramm beim Interkulturellen Fest 2024 involviert werden können.

Punkt 5 **Sachstandsbericht Integrationskonzept (Carlos Wittmer)**

Die Verwaltung berichtet, dass aufgrund des Antrags, den der Migrationsbeirat zur Fortschreibung und Aktualisierung des kommunalen Integrationskonzepts gestellt hat, derzeit ein Ausschreibungsverfahren läuft, das zeitnah abgeschlossen wird. In dem Aufruf hat die Stadtverwaltung ein öffentliches Verfahren angestoßen. Interessierte Träger aus dem deutschsprachigen Raum können sich melden und ein Angebot bis zu 30.000,- Euro abgeben. Das ökonomisch geeignetste Angebot wird dann positiv beschieden.

In die Ausschreibebedingungen hat die Stadtverwaltung aufgenommen, dass wichtige Akteur:innen, wie der Beirat für Migration und Integration, für die Fortschreibungsphase mitbedacht werden sollen. Entsprechend erhofft man sich, dass die Angebote so konzipiert werden, dass der Beirat an der Fortschreibung und Aktualisierung beteiligt wird.

Die Verwaltung rechnet mit dem Auftakt zu Beginn des nächsten Jahres; natürlich wird der Beirat entsprechend über den Sachstand informiert und bei der Fortschreibung berücksichtigt.

Punkt 6 **Anträge**

Es liegen keine Anträge vor.

Punkt 7 **Berichte aus den Ausschüssen/Gremien**

Es erfolgt keine Berichterstattung.

Punkt 8 **Einwohner:innensprechstunde**

Diese findet nicht statt.

Punkt 9 **Verschiedenes**

Zusammenhaltspreis

Die Verwaltung fasst nochmal kurz den Inhalt und Hintergrund des Mainzer Zusammenhaltspreises zusammen. Nach einem kurzen Austausch bietet die Verwaltung an, den Preis so zu reaktivieren, dass die öffentliche Auslobung beim Neujahrsempfang 2024 verkündet werden kann. Die Preisübergabe durch den Oberbürgermeister und die Beiratsvorsitzende könnte theoretisch beim Interkulturellen Fest 2024 erfolgen.

Neujahrsempfang

Der Empfang findet am 6. Februar 2024 statt. Die Verwaltung wird die Gästeliste mit der Vorsitzenden abstimmen und kümmert sich um die Erstellung und den Versand der Einladungen

sowie um die Koordinierung der Zusagen und das Catering. Die Verwaltung bittet den Beirat bis nach den Weihnachtsferien eine:n Musiker:in/Band zu suchen.

Forschungsprojekt „Rassistische Diskriminierung im Kontext psychischer Gesundheitsversorgung (RaDiGe)

Die Vorsitzende gibt bekannt, dass die Universitätsmedizin Mainz (Klinik und Poliklinik für Psychosomatische Medizin und Psychotherapie) das Forschungsprojekt „Rassistische Diskriminierung im Kontext psychischer Gesundheitsversorgung (RaDiGe)“ gestartet hat. Darin geht es um Rassismus und Diskriminierungserfahrungen bei der Gesundheitsversorgung. Es werden noch Proband:innen gesucht. Die Unimedizin hat mit der Beiratsvorsitzenden einen Kooperationsvertrag geschlossen; der Beirat soll u.a. dabei unterstützen, geeignete Personen zu finden. Gefördert wird die Studie durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung. Die Vorsitzende teilt mit, dass das Projekt in einer der kommenden Sitzungen von der Unimedizin vorgestellt werden wird.

Ende der Sitzung: 20.20 Uhr

gez. Peimaneh Nemazi-Lofink
.....
Vorsitz

gez. Carlos Wittmer
.....
Schriftführung